[](https://www.kla.tv/1639)Medienkommentar

Interview Lawrow

**Das Interview beginnt mit der Feststellung, dass Frankreich und die USA nach der Veröffentlichung des Berichts der UN-Experten zu dem Schluss ...**

Das Interview beginnt mit der Feststellung, dass Frankreich und die USA nach der Veröffentlichung des Berichts der UN-Experten zu dem Schluss gekommen seien, dass das syrische Regime chemische Waffen angewendet habe. Russland jedoch liest aus dem gleichen Bericht das genaue Gegenteil. Auf die Frage, was denn das für ein Bericht sei, der solche Interpretationsmöglichkeiten biete, antwortete der russische Aussenminister: „Frankreich und die USA haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass sie gar keines Berichts bedürfen. Noch lange, bevor dieser Bericht fertig war, haben sie erklärt, dass ihnen längst alles bekannt sei und ihre Geheimdienstinformationen einwandfrei seien, auch wenn sie diese uns nie vollständig vorgelegt haben. Das aber, was sie uns gezeigt haben, spricht nicht dafür, dass diese Geschichte mit der Anwendung von Chemiewaffen mit dem Regime zu tun hat. Es gibt auch Augenzeugenberichte, sowohl von Nonnen eines nahen christlichen Klosters als auch von Journalisten, die diese Orte besucht und mit den Rebellen gesprochen haben.(...) Ich habe schon mehrmals vom Schreiben der CIA- und Pentagon-Veteranen gesprochen, wo alles recht klar dargelegt wird. Aus diesem Grunde war es für mich nicht verwunderlich, dass der Expertenbericht – in dem es keine Schlußfolgerungen darüber gab, wer diese Waffen angewendet hat, sondern nur die festgestellten Substanzen und die Munition beschrieben werden - sofort von den Amerikanern, den Franzosen und Vertretern anderer Staaten interpretiert wurde, als würde darin die Schuld des Regimes bestätigt. Das ist aber überhaupt nicht der Fall. Eine solche Herangehensweise ist nicht wissenschaftlich und nicht professionell, sondern eher politisiert und ideologisiert.“  
  
Weiter berichtete der Fernsehsender: Die Vertreterin der UN-Sonderkommission für Menschenrechte, Carla del Ponte, wie auch CIA-Veteranen, eine Reihe von unabhängigen Experten und sogar solche, die die Reihen der Rebellen verlassen haben, berichten, dass die Rebellen chemische Waffen eingesetzt haben könnten. Auf die Frage, warum man im Westen diese durchaus nüchternen Stimmen nicht hören will, antwortete Lawrow: „ [ ]Weil die westlichen Länder in erster Linie daran interessiert sind, ihre eigene Überlegenheit zu demonstrieren. (...) Sie warten ja nicht einmal darauf, bis der erste Punkt unsere Vereinbarung mit US-Außenminister John Kerry erfüllt ist, nämlich die Entscheidung des Exekutivkomitees der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) abzuwarten. Sie wollen unabhängig von dieser Entscheidung eine UN Sicherheitsrats-Resolution, die sich unbedingt auf Kapitel VII der UN-Charta berufen soll. [...] Sie brauchen die Berufung auf Kapitel VII, in dem Druckmittel in Form von Sanktionen und der Möglichkeit, Gewalt anzuwenden gegen diejenigen vorgesehen sind, die das Völkerrecht brechen. Doch wären sie stattdessen um die Chemiewaffen besorgt, dann würden sie sich daran halten, was wir abgesprochen haben - nämlich die Entscheidung der OPCW mit vorzubereiten.  
  
Weiter fragt der „Erste Kanal“: Nach Angaben aus israelischen Kreisen haben die Aufrührer mindestens zweimal Gebiete eingenommen, in denen sich Depots mit Chemiewaffen befanden, sie können also in ihre Hände gelangt sein. Der Ursprung des Sarins kann auch außerhalb Syriens liegen. Wir können uns daran erinnern, dass zwei Mitglieder der “Al-Nusra-Front” in diesem Sommer versucht haben, Behältnisse mit Sarin durch die Türkei zu schaffen. Auf welche Weise soll die internationale Gemeinschaft kontrollieren, ob die verschiedenen, versprengten Rebelleneinheiten über diese Giftstoffe verfügen?   
Darauf antwortete Lawrow: „Die Entscheidungen, welche jetzt bei der OPCW ausgearbeitet werden, sehen vor, dass alle Chemiewaffenvorräte in Syrien unter die Kontrolle kommen und letzten Endes vernichtet werden sollen. Wenn unsere westlichen Partner ständig erklären, dass nur das Regime solche Waffen besitze und folglich nur dieses solche Waffen eingesetzt haben könne, so ist das ein gerissenes Vorgehen. (...) Für die Errichtung der Kontrolle über die Chemiewaffendepots durch die OPCW-Inspektoren ist es notwendig, dass die, welche Oppositionsgruppierungen finanzieren und sponsern, einen Weg finden, auf dem diese das herausgeben, was sie erbeutet haben und was entsprechend der Konvention über das Verbot von Chemiewaffen vernichtet werden müsste.“   
Soweit die Gegenstimme von Lawrow.

**von is.**

**Quellen:**

<http://www.mid.ru/BDOMP/Brp_4.nsf/arh/5ED027B5F48437F844257BF1004E6D8C?OpenDocument><http://www.zeit.de/news/2013-09/27/konflikte-hintergrund-das-kapitel-vii-der-un-charta-27094604>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

[](https://www.kla.tv)**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!  
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz: C:\Users\W\Downloads\ccby_transparent.png Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.